

Stephan Bundschuh/Birgit Jagusch

Über das Verhältnis von Partizipation und Integration – Das Zusammenleben von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund in den bundesdeutschen Jugendverbänden

Veröffentlicht in: Praxis politische Bildung 4/05, Themenheft „Migration – Integration“, S. 260 - 265

Stephan Bundschuh/Birgit Jagusch

Über das Verhältnis von Partizipation und Integration – Das Zusammenleben von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund in den bundesdeutschen Jugendverbänden

Die Jugendbildungsarbeit fördert Partizipationsmöglichkeiten von jungen Menschen. Bürgerschaftliches Engagement und die Beteiligung von Jugendlichen an politischen und gesellschaftlichen Prozessen sind zentrale Anliegen der Jugendverbände. Bislang aber spielen Jugendliche mit Migrationshintergrund und deren Organisationen innerhalb der Partizipationsdebatte eine eher nachrangige Rolle und sind kaum in Gremien und Strukturen der Jugend(verbands)arbeit vertreten. Dabei besteht ein direkter Zusammenhang zwischen fehlenden Partizipationsmöglichkeiten und Chancenungleichheit von Jugendlichen mit Migrationshintergrund und den Integrationsproblemen, die in der öffentlichen Diskussion verhandelt werden. Eine Gesellschaft, die während der letzten Jahrzehnte durch Migration geprägt wurde und in der Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund einen bedeutenden Teil ausmachen, sollte gewährleisten, dass diese Jugendlichen sich adäquat an gesellschaftspolitischen Prozessen beteiligen können. Im Rahmen der Jugendverbandsarbeit setzt sich diese Erkenntnis allmählich durch und führt dazu, dass im Zuge der interkulturellen Öffnung die Gründung von Selbstorganisationen Jugendlicher mit Migrationshintergrund zunehmend akzeptiert und nicht nur als vorübergehendes Phänomen wahrgenommen wird. Unter Einbeziehung dieser Jugendlichen und ihrer Verbände kann Jugendverbandsarbeit in Deutschland weiterhin den wichtigen Anspruch erheben, die Interessen der hier lebenden jungen Menschen zu vertreten und ihre Partizipation zu fördern.

Partizipation und Integration in den autochthonen Jugendverbänden im Kontext der politischen Jugendbildung

Politische Bildung im klassischen Sinne vermittelt politische Informationen. Heute wird der Begriff politische Bildung jedoch weiter gefasst. So definiert der Direktor der Bundeszentrale für politische Bildung, Thomas Krüger, die Aufgaben der politischen Bildung folgendermaßen: „Zur politischen Bildung gehört die Bereitstellung von politischen Informationen, aber das besondere an unserem Ansatz ist, dass wir politische Bildung auch als Aktivierung, als Unterstützung für bürgerschaftliches und politisches Engagement verstehen. Das heißt, es geht nicht nur um Wissensvermittlung, sondern um Ermutigung, Bekräftigung und Unterstützung zur Teilnahme am politischen Entscheidungsprozess. Also all das, was man mit dem schönen Fremdwort ‚empowerment‘ bezeichnet.“¹ Unter Empowerment wird sowohl individuell wie organisatorisch „Aufklärung über die Rechte der Betroffenen, gemeinsame Entwicklung von Interventionsstrategien, Stärkung der Eigeninitiative und Stärkung des Selbstbewusstseins“² verstanden. Wir haben es also mit einer über die traditionelle Bestimmung politischer Bildung als Wissensvermittlung zu politischen Systemen und politischen Partizipationsmöglichkeiten hinausgehende Definition politischer Bildung zu tun, die die langjährige Erkenntnis von Jugend- und Erwachsenenbildung aufgreift, dass die kognitive Vermittlung von Wissen zwar ein wichtiges Lernfeld darstellt, aber alleine zur Gewährleistung demokratischer Erziehung und demokratischen Handelns nicht genügt, da es sich nur wenig im Handeln der Einzelnen sedimentiert. Ein wichtiger Teil bildet die konkrete Erfahrung von demokratischen Entscheidungsprozessen in Gruppenhandeln. Diese partizipativen Erfahrungen ermöglicht z.B. die Jugendverbandsarbeit, die beabsichtigt, Jugendliche zur Artikulation ihrer Interessen zu ermächtigen. Diese Ermächtigung erstreckt sich im fortschrittlichen Verständnis der Jugendverbände auf alle in Deutschland lebenden Kinder und Jugendlichen, ob mit oder ohne deutschen Pass.

Der Elfte Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung aus dem Jahre 2002 musste noch feststellen: „Insbesondere in den Jugendverbänden sind sie [Migrant/inn/en, d. V.] zumeist

¹ Thomas Krüger: Jugendliche sind Experten. Interview, http://www.bpb.de/presse/ALFFWS,0,Jugendliche_sind_die_Experten.html (12.08.2005)

² ARIC NRW, Landeszentrum für Zuwanderung (Hg.): Antirassismusbearbeitung vor Ort – Impulse, o.O., 2002, S. 11

nur marginal vertreten. Ausnahmen hiervon bieten Sportvereine sowie solche Jugendverbände, zu deren Traditionen die besondere Sorge um sozial Benachteiligte gehört (z.B. Arbeiterjugendverbände). Im Großen und Ganzen aber haben sich die Jugendverbände der veränderten Zusammensetzung der Kinder und Jugendlichen im Hinblick auf Ethnie und kulturelle Tradition, Sprache und Religion noch nicht weit geöffnet“.³ Der Deutsche Bundesjugendring (DBJR) und seine Mitgliedsverbände stimmten damals dieser Aussage in ihrer Stellungnahme zum Bericht zu.⁴ Auch die Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen konstatierte im Jahr 2002, dass „die interkulturelle Öffnung (...) gerade im Jugendbereich noch kaum vorhanden“⁵ sei. Im Jahr 2004 aber merkten Mitarbeiter des DBJR in einem Aufsatz, der in der vorliegenden Zeitschrift publiziert wurde, an, dass die „Kritik der Ausländer-Beauftragten an der angeblich kaum vorhandenen interkulturellen Öffnung im Jugendbereich mittlerweile überholt ist.“⁶ Der aktuelle Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration aus dem Jahr 2005 widmet denn auch erstmals den Jugendverbänden ein eigenes Kapitel und betont, dass „sich die Jugendverbände und Dachorganisationen der Realität der Einwanderungsgesellschaft stellen und aktiv Schritte zur interkulturellen Öffnung unternehmen.“ Es müsse nun darum gehen, „diesen Prozess zu erweitern und zu verstetigen.“⁷ Auch das Bundesjugendkuratorium stellt in einer Stellungnahme vom Februar 2005 noch kritisch fest: „In der Jugendarbeit und in den Jugendverbänden sind Migrationsjugendliche immer noch unterrepräsentiert. Erst wenige Selbstorganisationen sind in diesem Bereich entstanden und anerkannt. Dadurch ist Jugendarbeit nicht der Integrationsfaktor, der er von seinem Selbstverständnis, seinem Vermögen und den Arbeitsformen her sein könnte.“⁸ und fordert die „Unterstützung der Etablierung von weiteren Jugendverbänden, freien Trägern und Selbstorganisationen von Migranten, die mit eigenen Angeboten (...) die Jugendhilfe bereichern und qualifizieren können.“⁹

In den letzten Jahren wurden verstärkt Schritte in Richtung interkulturelle Öffnung eingeleitet. Im Juni 2005 fand ein Fachtag dazu statt, der gemeinsam von den Dachverbänden DBJR und Deutsche Sportjugend (dsj), dem Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung (IDA) und der Integrationsbeauftragten des Bundes durchgeführt wurde. Wenngleich die Veranstaltung nicht unbedingt neue Perspektiven eröffnete, sondern eher den aktuellen Stand präsentierte, signalisiert allein die Breite der Kooperationspartner die Wichtigkeit der Thematik und die Erkenntnis seitens der Jugendverbände, dass es sich bei diesem Thema nicht nur um eine leidige Pflicht handelt, sondern sie sich damit gesellschaftlich profilieren können, wenn sie die Gelegenheit ergreifen, eigene, durchaus unterschiedliche interkulturelle Öffnungskonzepte zu entwickeln und umzusetzen. Bei der Veranstaltung kamen sowohl Verbände jugendlicher Migrant/inn/en als auch klassische Jugendverbände mit interkulturellen Projekten zu Wort. Mit der Teilnahme von Vertreter/inne/n des Kölner Arbeitskreises migrationsbezogener Jugendverbände-forschung, der von Prof. Andreas Thimmel von der FH Köln und IDA im letzten Jahr initiiert wurde, konnte erstmals die Wissenschaft systematisch in das Thema eingebunden werden. Bislang fußen alle Aussagen über die Teilnahme von Migrant/inn/en in der Jugendverbandsarbeit auf

³ Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.): Elfter Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland, Berlin 2002, S. 214. (Bundesdrucksache 14/8181)

⁴ Deutscher Bundesjugendring: Lebenslage von Kindern und Jugendlichen nachhaltig verbessern. Stellungnahme zum 11. Kinder- und Jugendbericht, 17. April 2002, <http://www.landesjugendring-thueringen.de/beschlus/download/stellungnahmeDBJR11KJB.pdf> (06.11.2002)

⁵ Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen: Bericht über die Lage der Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin/Bonn, 2002, S. 212

⁶ Weis, Christian/Lipinski, Julia: Migration und Jugendverbandsarbeit. Anmerkungen zur interkulturellen Öffnung für mehr Chancengleichheit und gesellschaftliche Teilhabe, in: Praxis Politische Bildung 3/2004, S. 197-202, hier: S. 201

⁷ Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration: Sechster Bericht über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland, Berlin 2005, S. 95 (Bundesdrucksache 15/5826)

⁸ Die Zukunft der Städte ist multiethnisch und interkulturell. Stellungnahme des Bundesjugendkuratoriums zu Migration, Integration und Jugendhilfe, Bonn, Februar 2005, S. 6, http://www.dji.de/bjk/stellungnahme_integration.pdf (12.08.2005)

⁹ Ebd., S. 15

subjektiven, notdürftig verallgemeinerten Erfahrungen und Mutmaßungen, da nur wenige wissenschaftliche Daten vorliegen. Deshalb ist die Zusammenarbeit mit der Wissenschaft dringend geboten, um den Öffnungsprozess mit Forschungen begleiten und intensivieren zu können. Durch die Partizipation von Politik und Wissenschaft können die Jugendverbände gewiss sein, dass ihre Bemühungen auch die angemessene politische und wissenschaftliche Aufmerksamkeit erfahren, wenn sie entscheidende Schritte im Öffnungsprozess einleiten.

Parallel zur Öffnung der etablierten Strukturen müssen – wie bereits zitiert – auch Selbstorganisationen von jugendlichen Migrant/inn/en gezielt gefördert werden.

Das demokratische Partizipationspotential von Verbänden Jugendlicher mit Migrationshintergrund

Am Beispiel einer mehrjährigen Workshopreihe des IDA zum Empowerment von Selbstorganisationen jugendlicher MigrantInnen soll im Folgenden gezeigt werden, wie soziales und politisches ehrenamtliches Engagement von Jugendlichen mit Migrationshintergrund gefördert werden kann und sie damit erfolgreich in die Strukturen der Jugendarbeit eingebunden werden.¹⁰ Die Workshops vermitteln finanztechnisches Vereinswissen und führen in die Strukturen der Öffentlichkeitsarbeit und die Partizipationswege der Jugendverbandsstrukturen ein. Dadurch informieren sie zugleich über die politische Struktur der Bundesrepublik Deutschland und die Funktions- und Wahrnehmungsweisen der pluralen Öffentlichkeit. Das in den Seminaren vermittelte, auf den ersten Blick rein methodisch-organisatorische Wissen gibt aus seiner Form heraus bereits Auskunft über die soziale und politische Verfasstheit des Landes. Es informiert darüber, welche Bereiche bei der Vereinsarbeit beachtet werden müssen, um in der bundesdeutschen Gesellschaft Gehör zu finden und sich dort gestaltend einbringen zu können. Ohne grundlegende Kenntnisse über die föderale Struktur der Bundesrepublik Deutschland, über deren Auswirkungen auf die Jugendhilfe und die Strukturen der Jugendarbeit beispielsweise, ist eine Partizipation an ebendiesen Strukturen kaum möglich. Die selbstständige Gründung von Vereinen nach deutschem Vereinsrecht gemäß aller politischen und formaljuristischen Vorgaben ist die beste Schulung in demokratischen Spielregeln. Hier findet politische Bildung konkret statt.

Das Interesse an politischer Bildung und gesellschaftspolitischer Partizipation kann am ehesten dort geweckt werden, wo Jugendliche reale Möglichkeiten der individuellen Gestaltung und Einflussnahme sehen. In einer pluralen Gesellschaft, die sich zudem noch als Einwanderungsgesellschaft versteht, ist es notwendig, dass alle Kinder und Jugendlichen die Möglichkeit haben, an jugendpolitisch relevanten Fragestellungen mitzuarbeiten, ihre Interessen zu artikulieren und am System der Kinder- und Jugendarbeit zu partizipieren. Angesichts der Tatsache, dass bisher aber Jugendliche mit Migrationshintergrund im Jugendverbandssektor unterrepräsentiert waren und auch die neu entstehenden Organisationen jugendlicher Migrant/inn/en kaum in den Strukturen der Jugendhilfe vertreten sind, zielen die Qualifikationsangebote des IDA darauf ab, im Sinne des Empowerments, also der Selbstermächtigung – in diesem Falle von Jugendlichen mit Migrationshintergrund – , Jugendliche in ihrer Handlungsfähigkeit zu stärken und, gemäß § 11 KJHG, „sie zur Selbstbestimmung [zu] befähigen und zu gesellschaftlicher Mitverantwortung und zu sozialem Engagement an[z]uregen und hin[z]uführen.“¹¹ Da „Migrantenselbstorganisationen als **politischer** Faktor, als *potenzielle* organisatorische Basis kollektiver Interessenfindung, Problemartikulation, Willensbildung und gezielter Einflussnahme (...) im Gefüge der BRD-

¹⁰ „Politische Bildungsarbeit könnte das Partizipationspotential dieser Verbände [i.e. Selbstorganisationen, A.d.A.] etwa dadurch verbessern, dass sie den Funktionären, Verantwortlichen und Multiplikatoren besondere Aufmerksamkeit widmet. Adäquate Angebote, die den Verantwortlichen das Rüstzeug für eine bessere Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit, für Strukturreformen und eine bessere Ankoppelung an ihre Basis geben und die sie darüber hinaus je nach Bedarf in die Spielregeln des politischen Systems einweisen, sind vonnöten.“ (Chbib, Raida: Was kann politische Bildung zur gesellschaftlichen Integration von Muslimen beitragen?, in: Praxis Politische Bildung, 2/2005, S. 123-131, hier: S. 129)

¹¹ Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG), zit. Nach: Mündler, Johannes u.a.: Frankfurter Lehr- und Praxiskommentar zum KJHG, 2. Aufl., Münster, 1993

Gesellschaft noch schwach“¹² sind, müssen gezielt Angebote der politischen Bildung entwickelt und implementiert werden, um dieses Ungleichgewicht zwischen generellem Interesse an Partizipation und tatsächlichen Einfluss- und Mitwirkungsmöglichkeiten zu egalisieren.

In dieser Hinsicht stellt das Angebot des IDA politische Bildung in doppeltem Sinne dar, indem einerseits mittels der Seminare Basiswissen zu verschiedenen politisch und gesellschaftlich relevanten Themen vermittelt wird und andererseits den Teilnehmenden die Möglichkeit gegeben wird, durch das erworbene Wissen gesellschaftspolitisch tätig zu werden, sich bürgerschaftlich zu engagieren. Zudem führt die Tatsache, dass die Angebote für das gesamte Spektrum der Selbstorganisationen jugendlicher Migrant/inn/en offen sind, dazu, dass die Teilnehmenden die Pluralität und Heterogenität des (Migrations)Vereinswesens widerspiegeln.¹³ Jugendliche mit türkischem, kurdischem, russischem oder spanischem Migrationshintergrund treffen auf jugendliche Aussiedler/innen, Kontingentflüchtlinge, Alevit/inn/en oder sunnitische Muslime. Die jeweiligen Vereine stellen einen Querschnitt durch die Bandbreite der Vereinsziele und Aktivitäten dar. Religiös orientierte Vereine sind genauso vertreten wie Vereine, deren Hauptziel ein sinnvolles und attraktives Freizeitangebot ist, Vereine, die stark im Bereich der kulturellen, musischen und tänzerischen Jugendarbeit aktiv sind oder Vereine, die sich auf Angebote zur Verbesserung der Bildungssituation von Jugendlichen mit Migrationshintergrund fokussieren. Dass innerhalb der Migrant/inn/encommunities ein solch großes Spektrum an Vereinen existiert, ist oftmals in der öffentlichen Wahrnehmung nicht präsent. Dementsprechend werden die Ressourcen zu jugendpolitischer Bildung, gesellschaftlicher Partizipation oder zivilgesellschaftlichem Engagement von der Mehrheitsgesellschaft häufig nicht genutzt und nachgefragt. Auch hier liegt ein Ansatzpunkt des Qualifikationsangebotes, Jugendlichen die Kompetenz zu vermitteln „sich Gehör zu verschaffen“¹⁴. Ein Fokus innerhalb des Seminaregefüges liegt darauf, Diskussionen über die Gestaltung der Migrationsgesellschaft, über individuelle und vereinspezifische Diskriminierungserfahrungen zu führen und Strategien zu entwickeln, wie eine gerechtigkeitsorientierte Beteiligung der Vereine an der Zivilgesellschaft zustande kommen könnte.

Konzeptionell basiert das Angebot auf zwei Prinzipien: Grundsätzlich sind die Seminare so angelegt, dass die Teilnehmenden als Multiplikator/inn/en für ihre Vereine fungieren und das erworbene Know-how in ihre jeweiligen Verbandsstrukturen transferieren. Dadurch bildet sich ein Netzwerk an geschulten Jugendlichen mit Migrationshintergrund, die Impulse in der Zivilgesellschaft geben können. Gleichzeitig stehen die Seminarangebote jedoch nicht in einem Beratungsvakuum, sondern werden flankiert durch Beratungs- und Informationsangebote für die einzelnen Vereine.

Zwischen 2001 und 2005 wurden insgesamt neun Seminare mit insgesamt 135 Teilnehmenden angeboten. Dieses bundesweit einmalige Angebot an überregionaler Qualifizierung explizit für Jugendorganisationen von Migrant/inn/en stößt auf reges Interesse bei den angesprochenen Vereinen, die sowohl Interesse an vereinsrelevanter Qualifizierung, als auch an dem implizit durch die Seminare stattfindenden Austausch zeigen. Ein aufschlussreicher Aspekt ist die Frage nach Geschlechtergerechtigkeit. Wenngleich vielen Jugendlichen mit Migrationshintergrund vorgeworfen wird, ein eher traditionelles Rollenverständnis zu vertreten, insbesondere im Zusammenhang mit muslimischen Jugendlichen momentan die Rolle der Frau äußerst kritisch diskutiert wird und gleichzeitig in den Vereinshierarchien generell häufiger Männer Funktionsstellen besetzen, zeigt die

¹² Jungk, Sabine: Politische und soziale Partizipation von Migrantinnen und Migranten und ihren Selbstorganisationen – Möglichkeiten der Mitwirkung, Inanspruchnahme und Chancen in Deutschland. Vortrag zur Tagung Politische und soziale Partizipation von MigrantInnen mit dem Schwerpunkt Kurd/inn/en, veranstaltet von Navend e. V., 2002, S. 3. Hervorhebungen im Original.

¹³ An den Seminaren nahmen zwischen 2001 und 2005 Mitglieder von 32 Vereinen aus der gesamten Bundesrepublik teil.

¹⁴ So lautet auch der Titel eines der angebotenen Seminare.

Geschlechterverteilung der Teilnehmenden an den Seminaren, dass die jungen Mädchen und Frauen mit 48% einen großen Teil der Jugendorganisationen von Migrant/inn/en darstellen und ihre Chancen zur Partizipation durchaus wahrnehmen wollen. Die Selbstorganisationen sind also nicht stärker männlich dominiert als andere Jugendverbände, Frauen und Mädchen sind nicht nur Mitglieder, sondern übernehmen zunehmend auch Positionen innerhalb der Vereinshierarchien.

Insgesamt lässt sich resümieren, dass Selbstorganisationen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund über großes soziales Kapital¹⁵ und zivilgesellschaftliche Ressourcen verfügen, deren Inanspruchnahme und Beteiligung an Prozessen und Strukturen der politischen Bildung notwendig ist.

Das Programm der interkulturellen Öffnung der Jugendverbandsstrukturen wird erfolgreich umgesetzt werden können, wenn beide Stränge gleichermaßen verfolgt werden: die Modernisierung der bestehenden Strukturen durch Ausweitung ihrer partizipativen Elemente und die Förderung des Engagements von Selbstorganisationen jugendlicher Migrant/inn/en.

Dr. Stephan Bundschuh und Birgit Jagusch sind beim Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismuserbeit (IDA) e.V. beschäftigt.

¹⁵ Im Sinne von P. Bourdieu, der darunter Ressourcen fasst, die aus der Einbindung in ein Netz von Beziehungen und der anerkannten Zugehörigkeit zu einer (soziologischen) Gruppe entstehen.